

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 23 : 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 106 : Telefon: Ami Moritzplatz, 2120

Berlin, den 7. Juni 1912

Inhalt: Beitragzahlung. — Streiknotizen. — Ar-
beiten wir! — Briefe eines Arbeiters aus der Fremde
(Fortsetzung). — Bericht von der Generalversammlung.
— Kooperation und Koalition. II. — Die erzehrerliche Wirkung
der Gewerkschaften. — Aus der Arbeiterversicherung.
— Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Verein.
— Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau.
— Sterbefälle. — Veranstaltungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 9. Juni bis 15. Juni ist
der 21. Verbandsetrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Sämtliche Sattler des Deutschen
Offiziersvereins, Neustädterstraße 4/5, haben
die Arbeit eingestellt. — Gekipert sind: Erd-
mann u. Hoff, Linienstr. 139/140; Rudolf
Frank, Inselstr. 11 und Courbierestr. 14. —
Es wird gewarnt, in diesen Betrieben Arbeit
anzunehmen.

Wörlitz. Wegen des allgemeinen Streiks in
der Waggonfabrik ist Bezug von Sattlern fern-
zuhalten.

Hannover. Am 25. April haben sämtliche
Sattelmacher und Geschirrsattler der Firma P.
B. Schüge die Arbeit niedergelegt. Bezug ist
streng fernzuhalten.

Kassel. Die Arbeiter der Firma Lederer
u. Baumann (Selle und Pläne) stehen in einer
Lohnbewegung.

Achtung! Militärsattler! Achtung!
Wegen Streik ist Bezug streng fernzuhalten
nach Offenbach a. M. und Mülheim-Kuhr.

Arbeiten wir!

Die Generalversammlung ist vorüber und
hat, wenn auch nicht große Reformen, so doch
neue Anregungen gebracht, die als Richtlinien
dienen, wie in der kommenden Geschäftsperiode
für das Wohl unseres Verbandes und das Wohl-
ergehen der Berufsangehörigen Deutschlands or-
ganisatorisch gearbeitet werden soll. Die ge-
schlossene Einmütigkeit aller Delegierten in den
wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen hat mit
Deutlichkeit erkennen lassen, wie sehr der Ver-
band der Sattler und Portefeuillier seine
Pflichten innerhalb der kulturfördernden Ar-

beiterbewegung getan hat und, auf Grund der
Münchener Beschlüsse, noch im ausgiebigsten
Maße tun wird. Den Delegierten muß nachge-
sagt werden, daß sie als Vertreter ihrer Man-
datgeber in anerkannter Weise ihre vollste
Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Schon beim Geschäftsbericht setzte eine aus-
giebige Kritik ein. Vor allen Dingen kam zum
Ausdruck, daß der Verlauf der großen Tarif-
bewegung der Lederwarenbranche nicht befrie-
digte und daß es notwendig sei, für die Zukunft
nicht nur größere Kapitalien dem Kriegsfonds
zuzuführen, sondern auch mit der Ausbreitung
des Verbandes den Gedanken der Organisation
mehr zu vertiefen. Die Erziehung der Mit-
glieder, die Bildungsbestrebungen der Organi-
sation und die Jugendabteilungen sollen in Zu-
kunft noch mehr gefördert werden.

Die Berichte über unsere Generalversam-
mlung in der Tagespresse haben nicht deutlich er-
kennen lassen, daß unsere Organisation grund-
sätzliche Gegnerin der Heimarbeit ist. Darum
sei an dieser Stelle mit besonderem Nachdruck
hervorgehoben, daß wir die Heimarbeit und alle
ihre Folgeerscheinungen bekämpfen wollen,
allerdings dürfen wir dabei nicht das Kind mit
dem Bade ausschütten, sondern müssen auch hier
den Verhältnissen Rechnung tragen. Mit aller
Energie muß die sklavische Abhängigkeit des
Kost- und Logiszwanges beseitigt werden.

Einen breiten Raum in der Diskussion
über den Geschäftsbericht nahm die Fest-
stimmung des Begriffes „Erwerbslosunterstüt-
zung“ ein. Die Generalversammlung hat nun
beschlossen, daß ausnahmslos allen Mitgliedern
im Krankheitsfalle Unterstützung gewährt wer-
den kann. Die vom Vorstand beantragte Bei-
tragserhöhung ist nicht zur Annahme gelangt,
dagegen mit überaus großer Majorität eine
Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. wöchent-
lich beschlossen, welche ungekürzt dem Kampf-
fonds zugeführt werden sollen, um so gestärkter
allen kommenden Kämpfen gegenüberzutreten.
Die Förderung der Brancheninteressen durch
Schaffung von Branchenkongressen und durch
die zukünftige Zusammenfassung des Zentralvor-
standes aus Angehörigen aller in unserem Ver-
bande vereinigten Berufe wurde beifällig auf-
genommen.

Aber nicht nur rein organisatorische Fragen
haben die Zeit der Generalversammlung in An-
spruch genommen. Die Erörterung sozialpoli-
tischer Aufgaben, besonders die Stellungnahme
zur Gefängnisarbeit, zum Hausarbeitsgesetz
und zur Volksversicherung ließen mit Deutlich-
keit erkennen, wie die Sattler und Portefeuillier
Deutschlands sich eine wahrhaft soziale Politik
denken und wie sie dieselbe ausgestaltet wissen
wollen.

Wie es nicht anders denkbar ist, konnten
auch nicht alle zum Verbandstage gestellten An-
träge angenommen werden. Die Ablehnung

aller Anträge über die Erhöhung der Unter-
stützungssätze wurde damit begründet, daß die
Unterstützungseinrichtungen in unserem Ver-
bande vollumfänglich genügen.

Die Einführung von Stoffbeiträgen, die
von vielen Mitgliedern gewünscht wurde, fand ihre
Erledigung damit, daß der Zentralvorstand sich
bereits erklärte, dieser Frage seine vollste Auf-
merksamkeit zu schenken und, wenn irgend mög-
lich, der nächsten Generalversammlung in Leip-
zig eine Vorlage darüber zu machen. Hier erwacht
den Verbandstagsdelegierten sowie auch allen
Mitgliedern unseres Verbandes die dringende
Verpflichtung, die Verbandsleitung mit Ma-
terial zu unterstützen, um eine alle Kollegen be-
friedigende Lösung zu finden, ohne die Finanz-
gebarung unserer Organisation zu beeinträch-
tigen.

Im nachfolgenden Bericht geben wir eine
Übersicht über den Verlauf der Generalver-
sammlung und verweisen schon jetzt auf das in
den nächsten Wochen erscheinende Protokoll.
Alles in allem kann wohl mit Genugtuung ge-
sagt werden, der Verbandstag in München hat
gute Arbeit geleistet. Es wäre nur zu wün-
schen, daß unsere Mitglieder draußen im Lande
diese Arbeit dadurch anerkennen, daß sie nach
wie vor für unsere Organisation und für die
Hebung der sozialen Lage aller in der Sattler-
und Lederwarenindustrie beschäftigten Berufen
tätig sind.

Die Parole für die nächsten Jahre muß
lauten:

Arbeiten wir im Interesse der
gesamten Kollegenschaft und der
deutschen Arbeiter. Unterstützen
wir die Kulturbestrebungen der
freien Gewerkschaften, um so für uns und un-
sere Familien eine bessere Zukunft vorzubere-
iten. Sind wir uns stets dieser Aufgabe be-
wußt, so wird der Sieg unser sein!

Bericht von der Generalversammlung.

München, den 29. Mai 1912.

In dem festlich geschmückten Saale der „Alten
Schlachthof“ eröffnete Verbandsvorsitzender Kollege
Blum kurz nach 10 Uhr die 2. ordentliche General-
versammlung. Anwesend sind 52 Delegierte, vom
Ausschuß Kollege Gadelbusch, vom Vorstand die Kol-
legen Blum, Nibel und Weinhold. Der öster-
reichische Sattlerverband war durch Genossen Klarer-
Wien, die skandinavische Bruderorganisation durch
Genossen Jönsson-Kopenhagen, der niederösterreichische
Ledergalanteriewerkerverein durch die Genossen
Strnad und Obernörfer und die Generalkommission
durch den Kollegen Esserbach vertreten. Außerdem
waren noch die bejoheten und unbefohlenen Gaudeliter
anwesend. In seiner Begrüßungsansprache erinnert
Kollege Blum an die Erstarkung der modernen Ar-
beiterbewegung in Deutschland, an der auch unser
Verband stark beteiligt ist. Auch die Filiale München
hat sich gut entwickelt und viel zur Vertiefung der
Arbeitszeit für die Kollegenschaft beigetragen. Dann
wies er auf die gut entwickelte Sattlergenossenschaft

am höchsten Orte hin und schloß seine Eröffnungsrede mit einem herzlichen Willkommen. Kollege H. 11. Teufelshäuser der Münchener Zeitschrift (Gemeinde und Telegraphie in herzoglicher Weise. Dasselbe ist der Vorherrscher des Gewerkschaftsfortschritts, Genosse L. m. m., welcher auf die Wirksamkeit aller Gewerkschaften und Kollegen Münchens bei allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hinweist, die einen Fortschritt auf dem „weltlichen Boden Capas“ gezeitigt hat. Kollege E. r. a. d. überbrachte die Grüße seiner Organisation, wies auf die sich immer mehr ausbreitende Demarkation bei den Wiener Portefeullierern hin und meinte, auf dieser Tagung lernen zu wollen, wie dem Hebel beigekommen ist. Genosse M. a. r. e. r. hebt besonders die schlechte Entlohnung in Böhmen hervor, doch sind die Agitationsarbeiten durch die scheidenden Separationsgehalte außerordentlich schwierig. Vor einigen Wochen ist es allerdings gelungen, unter den Treibriemenarbeiter eine gewisse Einigkeit zu erzielen, vermöge der es ermöglicht wird, eine durchgreifende Forderung zu erzielen. Die Treibriemenindustrie verbessert sich immer mehr und verteilt sich auf das ganze Land. Medner erklärt, aus der Erklärung der umfangreichen Tagesordnung und aus der bisher intensiv geleiteten Agitationsarbeit unter den deutschen Kollegen für die österreichische Organisation lernen zu wollen, um so gegen den gemeinsamen Feind erfolgreich vorgehen zu können. Kollege S. o. n. j. o. n. begrüßt die Generalversammlung in seiner Mutterbrache. Seine Organisation erstreckt sich über drei Länder, die die Sattler, Tapezierer und Portefeullier umfaßt. Die große Arbeitslosigkeit hat die Mittel der Organisation außerordentlich in Anspruch genommen. Zum Teil war dieser Zustand durch den großen schwedischen Kampf verschuldet, zu welchem sein Verband 32.000 Kronen gesendet hat. Von sämtlichen skandinavischen Berufsangehörigen sind rund 50 Proz. organisiert. Allerdings stehen die aus Deutschland zugewanderten Portefeullier dem Organisationsgedanken fern. Er schloß seine mit Beifall ausgenommene Ansprache mit der Hoffnung, in Zukunft noch eine bessere Regelung der internationalen Beziehungen herbeizuführen. Der schweizerische Lederarbeiterverband sandte ein Begrüßungstelegramm.

Darauf konstituierte sich die Generalversammlung und wählte die Kollegen Plum und Schulze-Berlin als Vorsitzende mit gleichen Rechten, den Kollegen Heibeger-Effenbach zum Führer der Mednerliste.

Kollege E. l. u. m. ergänzte mündlich den gedruckt vorliegenden und bereits in Nr. 21 unserer Zeitung besprochenen Geschäftsbericht, wobei er die Situation in unserem Verbandsbezirk darlegte, dagegen seiner Freude Ausdruck gab, daß die Zahl der jetzt organisierten Portefeullier stetig anwuchs, was zum guten Teil dem Zusammenarbeiten der Angehörigen beider Berufe zu danken ist. In der Geschirrbirne ist es außerordentlich schwer, vorwärts zu kommen, weil die Automobilindustrie immer mehr Arbeitskräfte absorbiert und die Renanfertigung von Geschirren zum großen Teil fabrikmäßig betrieben wird. Eine Erhaltung des Verbands im Ganzen Schließen wird durch stetiges Abreisen der neu organisierten Kollegen nach den Großstädten beeinträchtigt.

Alle in unserem Verbands vereinigten Parteien waren während der Berichtsperiode im Lohnbewegungen beteiligt. Der Lohn nach der Automobilindustrie an einer Stelle, wenn auch die der Lederwarenindustrie die Rentabilität aufweist. Eine gewisse Fertigkeit zeigt die Militärbranche, die ebenso wie die Geschirrer- und Treibriemenindustrie sehr rührig war. Von außerordentlicher Bedeutung war der Tarifkampf in der Lederwarenindustrie, der den Funktionären ein getrübt Maß von Verantwortung auferlegt hat. Es kann wohl gesagt werden, ohne die Verhandlung hätte der Kampf sich noch schwieriger gestaltet und die Erfolge in Frage gestellt. Dem Beitreiben der Unternehmer, noch mehr Städte unter den Zentralrat zu bringen, müssen wir fleißig gegenüberstehen. Es steht fest, daß im Ablauf des jetzt geltenden Tarifvertrages es in der Lederwarenbranche zu ernstlichen Komplikationen kommen wird, zu denen wir bereits jetzt rufen müssen. Es ist uns gelungen, die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen. Wenn Affordolohnsystem haben wir den sich ergebenden Auswüchsen energisch entgegenzuwirken. Ebenso haben wir uns mit der Demarkation abfinden müssen, wenn wir auch dafür zu sorgen haben, jede weitere Ausbreitung zu verhindern. In bezug auf Agitation wäre zu bemerken, daß die örtlichen Verwaltungen mehr als bisher Mittel für die Agitation aufzubringen haben. Auch mehr Selbständigkeit wäre am Platze und sollten nicht bei jeder Kleinigkeit die Gauleiter zur Hilfe angerufen werden. Der Verleth des Zentralverbandes mit den Ortsverbänden ist als sehr gut zu bezeichnen. Zu wünschen wäre nur, wenn die Ortsverbände ihre Anträge an den Hauptverband zeitig richten, daß derselbe Gelegenheit hat, Stellung dazu zu nehmen, um die unbesoldeten Vorstandsmitglieder der Lohnbewegungen nicht auszuschalten. Die Jugendabteilung hat sich nur für die Lederwarenbranche bewährt. Das Verhältnis mit den ausländischen Bruderorganisationen ist ein inniges geworden und der Verkehr gestiegen, überall die gleichen Organisationsrichtungen zu treffen. Besonders geliebt es uns, unsere Organisation so auszugestalten, daß wir allen Gefahren trotzen können zum Teil und Wohle der Gesamtschicksal.

Zum Schlußbericht führt Kollege R. i. e. d. e. l. aus, daß es öfter vorkommt, daß unrechtmäßigerweise Gewerkschaften unterdrückt worden sind, deren Einbringung im Interesse einer geordneten Wirtschaft dringend notwendig ist. Auf Grund des § 13 des Streikreglements müssen Lohnbewegungen vornehmlich aus den am Orte verbleibenden 20 Proz. der Beiträge bestritten werden, nur wenn diese überschritten sind, ist die Zentralkasse heranzuziehen. Die Verwaltungsschritte haben hat einen Kollegen zwecks Orientierung eines Lohnes für einen besonderen Artikel nach Berlin entsandt, trotzdem er im Auftrage der Tarifkommission den Kollegen in Bayern genauen Bescheid gegeben hat. Jetzt soll die Hauptkassette die Kosten der Delegation im Betrage von 22 Mk. tragen. Um keinen Preisgeldensfall zu schaffen, ersucht er, den Antrag abzulehnen. Anschließend war es, daß entgegen dem Beschlusse des letzten Verbandstages der Portefeullier die Pügelier Verwaltungsstelle die Zentralkasse im Be-

trage von 748 Mk. aufgeteilt hat, trotzdem sie zum großen Teil aus den Prozentüberläufen gespeist worden ist. Ein ähnlicher Fall ist in Colmar passiert. Doch bestand hier die Zentralkasse aus dem 10 Pf. Zentralbeitrag im Betrage von 182,24 Mk. Es muß Vorbehalte getroffen werden, solche Vorkommnisse zu vermeiden. Ähnlich ist es, den zureichenden Stellen die Unterstützung für die Aufenthaltsgelder im Voraus zu zahlen, wodurch sich einige Kollegen für zwei Tage 5 Mk. Aufenthaltsgelder erspart haben. Im großen und ganzen hat sich der Verkehr mit den Kassieren gut gestaltet.

Weinschild, Redakteur, hat zu dem auf Seite 58 gedruckt vorliegenden Bericht recht wenig hinzuzufügen. Schwere Gegen seine Redaktionsfähigkeit sind nicht eingegangen. Es erscheint angebracht, auf einige technische Einzelheiten einzugehen. Bis Samstag nachmittag muß das für die nächste Nummer bestimmte Material eingeleitet sein. Wenn nun alles in Zug gegeben ist, dann kommt Montag oder Dienstag früh noch ein längerer Bericht, so daß der Secker nicht mehr imstande ist, bis Dienstag vormittag aufs neue zu setzen. Am diese Zeit muß Schluß der Redaktion sein, bis 2 Uhr wird umbrochen, dann fortgesetzt und mit dem Druck begonnen. Mittwochs früh beginnt der Versand nach dem südlichen Teile Deutschlands, damit am Freitag die Zeitung in die Hände der Funktionäre zur Ausgabe an die Unterstellten kommt. Eine Notiz oder Anzeige kann allerdings noch bis Dienstag 10 Uhr ausgenommen werden. Wer seiner Arbeit ausgenommen haben will, muß sie spätestens Freitag zur Post geben. Trotz aller Nachsicht wird ein anderer Redakteur an diesem Zustande auch nichts ändern können.

Nun zu den Versammlungsberichten. Mancher Schriftführer verwechselt die Zeitung mit einem Protokoll und schreibt jeden noch so nichtigen Vorgang in den Bericht. Der Typ ist folgende: m a g e n: Um 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung, die der Redaktion feierte. Dann verlas er folgende Tagesordnung. Nun folgen acht oder zehn Punkte im einzelnen aufgeführt. Dann erteilt der Vorsitzende dem Protokollführer zur Verlesung des Protokolls das Wort. Dasselbe wurde ohne Debatte abgelesen. Und so geht es fort bis Freitag. Der Vorsitzende schloß um 11 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. — Schließlich ist nicht eine Zeile in dem Bericht, die auch nur einen Menschen außerhalb des betreffenden Ortes interessiert.

Ein anderer Schriftführer macht sich die Mühe, das Meiste des Vortragenden wiederzugeben. Abgesehen davon, daß nur in Ausnahmefällen so etwas Aufnahme finden kann, werden oftmals dem Medner Worte in den Mund gelegt, die er niemals gesprochen hat, auch niemals so verstanden sein wollte. Wir haben eine große Anzahl Kollegen, die für unsere Zeitung schreiben können; sie meinen aber, es nicht nötig zu haben, die Arbeit des Redakteurs zu machen. Nun davon ein kleines Bild. Alle Eingänge an die Zeitung, ob sie zu verwenden sind oder nicht, müssen erst gelesen werden, um zu wissen, was mit dem Manuskript zu geschehen hat. Dann muß der zum Abdruck bestimmte Artikel sehr oft

Na, „nach dieser Zeit kommt eine andere“, mit diesem Trost schließe ich den Brief.

IV.

In Deinem letzten Briefe rätst Du mir, ich möge mich nicht hier unten herumquälen, es fiele mir daheim leichter, eine leidlich auskömmliche und vor allem unabhängige Existenz zu gründen. Das ist nicht anzuzweifeln und der Vorschlag, wieder zurückzukehren in unser Heimatstädtchen, hat manches Besiehende für mich. Gewiß kommt man dort immer noch leichter durch, als in dieser riesigen Stadt, wo man sich wie ein verlorenes Boot auf hoher See vorfindet. Und wenn ich in diesem endlosen Steinmeer an die landschaftlichen Reize unserer heimatischen Umgebung denke, wo man den schönsten Spaziergang ins Freie in den Pantoffeln unternehmen kann, dann quillt die Sehnsucht in heißen Strömen durch meine Brust. Und die langen Abende, die ich auf dem Stadtmall zubradte, in Deiner Gesellschaft oder allein, wenn das bleiche Mondlicht Berg und Tal überflutete, wenn drüben auf der Fiegelei der Kettenhund durch die abendliche Stille klaffte; wenn über den Höhen die letzten Klänge der Abendglocken verhallten und unten am Stadlgraben das Wasser gurgelnd aus Ufer schlug — ja, es waren schöne Stunden! Während wehmütige Erinnerungen hier meine Seele durchzittern, brüllt und klopft und rattert und höhnt draußen auf der Straße das nimmermüde Wellbadgetriebe einen betäubenden Rhythmus.

Und doch, mein lieber Ernst, es war gut, daß ich fort ging, und es ist besser, wenn ich hier bleibe. Das Spekerleben in seiner grauenhaften Oede breitet sich schon bei dem bloßen Gedanken an die

Briefe eines Arbeiters aus der Fremde.

Von Emil Anger.

III.

Wie die Zeit verstreicht! Nun sind es schon 3 Jahre, seit ich von zu Hause fort ging. Morgens um 6 Uhr war's. Webers standen vor der Tür und grinsten spöttlich. Ich konnte ihren einfältigen Gesichtern ganz deutlich die Gedanken ablesen: „Der kommt ja doch wieder, wenn er den Kirchstump nicht mehr sieht!“ Ja, hintenherum! Jetzt nach 3 Jahren denke ich noch nicht ans Zurückkommen. Wenn mir's hier auch nicht gerade beneidenswert geht, heim lehrte ich doch nicht. Weißt Du, lieber Ernst, solange ich wanderte, war ich weit glücklicher, obwohl das Leben auf der Landstraße auch unangenehme Schattenseiten aufzuweisen hat. Die Schweiz hat einen unaussprechlichen Eindruck auf mich gemacht und Tirol nicht minder. Du, der diese Gegenden alljährlich mit einem vollgepackten Geldbeutel bereist, wirst natürlich lachend über meinen kindlichen Enthusiasmus. Als ich von Montsalvo mit der „Habsburg“ nach Bregein fuhr — es war an einem schönen Sonntag —, ließ mich der freundliche Kapitän hinunter in die Kajüte gehen, wo ich eine Schüssel voll köstlich duftender Erbsensuppe mit Speck erhielt. Das war nicht übel. Ich bin dann zu Fuß bis an die italienische Grenze gekommen, aber ein Gastwirt riet mir, nicht nach dem Lande des Papstes zu gehen, da die Bevölkerung dort so arm sei, daß sie die Handwerksburschen „anfacht“. Da bin ich denn umgekehrt und über Bayern nach Thüringen gewandert. Mehrere Male nahm ich die Verpflegungssituationen in

Anspruch und für die dünne Wasserschuppe und das Nachtlager mußte man am Morgen 2 Stunden Holz fügen oder Steine klopfen bezw. karren. Einmal zog ich es vor, in einer kleinen Kapelle bei der Jungfrau Maria über Nacht zu bleiben. Es hat uns beiden nichts geschadet, aber ich hatte eine billige und leidlich gute „Nacht“. Auch hoffe ich, daß es für mein Seelenheil keine schlimmen Folgen nach sich ziehen wird. In A. arbeitete ich dann fast ein Jahr. Als die Arbeit zu Ende war — draußen lag furchtbarer Schnee — zog ich mit wenig Mut und noch weniger Gottvertrauen mit 90 Pfennigen in der Tasche durch Thüringens Wälder. Du wirst mir nachfühlen können, daß man bei drei Mark Wochenlohn gezwungen ist, den christlichen Grundbesitz durchzuführen, keine Schätze zu sammeln, die der Kost und die Motten fressen. Und das bei einer zwölf- bis sechzehnständigen Arbeitszeit, Sonntagsarbeit nicht mitgerechnet. Dabei keine Stube, keine Lampe, kein Tisch, nichts, als die erbärmliche Pfriemle Wein, wie bin ich so froh, daß ich hier bin, vom Kost- und Logiswesen habe ich genug. Du wirst vielleicht fragen, warum ich auf all dies noch einmal zurückkomme, aber weihen Herz voll ist, denn laßt nicht nur der Mund, sondern auch die Feder über. Und ich bin so allein und fremd in dieser Millionenstadt, daß es mir Freude und Erleichterung schafft, Dir die Fülle der Empfindungen mitzuteilen, die mich bestimmen. Ich schreibe Dir bei der Lampe, in einem Zimmer, das noch nie ein Sonnenstrahl getroffen hat, so eng und finstern ist der Hof. Du kannst Dir vorstellen, wie mir zu Mute ist, wenn ich an unsere lachenden Fluren und rauschenden Wälder denke, in die wir vom Fenster aus blicken konnten.

literarisch umgearbeitet und korrigiert, oftmals ganz umgeschrieben werden. Täglich habe ich acht Tageszeitungen zu lesen; circa 50 Gewerkschaftsblätter und 12 Fachzeitschriften wöchentlich. Dazu kommen Literaturbeurteilungen usw. usw. Dann sollen noch Ergänzungsartikel gebracht werden und an der Agitation soll sich der Redakteur auch beteiligen. Niemand wird annehmen, daß täglich acht Stunden dazu ausreichen. Soll also unser Blatt auf der Höhe bleiben, so müssen schon Mitarbeiter herangezogen werden. Wenn auf Grund dieser Schilderung hat die Kollegen dazu veranlaßt fühlen und auch die Einsendungen nicht bis zur letzten Minute verschieben, dann wird es im Redaktionsbetrieb besser werden.

Von einem Interesse dürfte noch die finanzielle Seite unseres Verbandsorgans sein. Auf dem 8. öst. Verbandstag wurden die Kosten der Zeitung bei einer Auflage von 13.000 auf 19.684 Mk. oder pro Mitglied und Jahr auf 2 Mk. veranschlagt. Trotz der durchschnittlichen Auflage von 16.000 sind die Ausgaben für die Zeitung nur auf 20.333 Mk. gestiegen oder 650 Mk. mehr pro Jahr. Auf den Kopf des Mitgliedes sind die Kosten auf 1,78 Mk. gefallen. Die „Gleichheit“ kostete 3363 Mk. und die „Cawala“ 75 Mk. Rechnen wir die „Gleichheit“ und „Cawala“ zu den Kosten der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“, so ergibt sich, daß für Inserate und Abonnements 4604,71 Mk. vereinbart und für Druckkosten 42.602,48 Mk., Expedition 9573,44 Mk. und 8814,35 Mk. für Redaktion und Gehalt verausgabt worden sind, so daß die Kosten sich auf 59.836,38 Mk. belaufen. In dieser Aufstellung sind auch die Kosten der „Nachbeilage“ für die beiden Jahre im Betrage von 1606,54 Mk. mit eingerechnet. Für Mitglieds wurden 740,43 Mk. verausgabt. Da im Jahre 13 Beilagen erschienen, so kostete jede einzelne Nummer im Jahre 1910 70,77 Mk., im Jahre 1911 58,92 Mk. Diese Kosten sind nun nicht voll in Anrechnung zu bringen, weil andererseits das Honorar für die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ höher sein würde. Hier betragen die Honorare 630 Mk. oder 4 Mk. pro Nummer für die drei Vertriebsjahre. Ein Beweis, wie sparsam wir mit den Mitteln des Verbandes haushalten.

Alles in allem darf ich wohl sagen, daß ich bereit war, unser Verbandsorgan aktuell auszugestalten, trotzdem wage ich nicht zu behaupten, daß es mir immer gelungen ist. Wenn aber unsere Mitglieder es sich angelegen sein lassen, mehr als bisher mitzuarbeiten, dann wird unsere Zeitung auch allen Ansprüchen genügen.

Ausdrucksvollender Gabelbusch bestätigt die Ausführungen Weinschilbs, daß über seine Redaktionsstätigkeit keine Beschwerden vorliegen. Dann brachte er eine Reihe von erledigten Beschwerden über den Zentralvorstand zur Sprache. Die Ortsverwaltung Leipzig verlangte 423 Mk. für verausgabte Streifenunterstützung, die der Zentralvorstand bewilligte, weil nach seinen Informationen nicht gehandelt worden ist. Der Ausschuss empfiehlt, obgleich der Vorstand formell im Rechte war, den Leipziger die beantragte Summe zu gewähren. Eine schwerwiegende Frage ist die Definitivierung, was Erwerbslosenunterstützung ist, d. h. ob Mitglieder, die während ihrer Krankheit Gehalt

oder Lohn beziehen, Erwerbslosenunterstützung während dieser Zeit beziehen können. Der Zentralvorstand verneint diese Frage; der Ausschuss hat sie bejahend und die Berliner Ortsverwaltung hat Zustimmung angewiesen. Das Wort „erwerbslos“ gilt ausnahmslos für alle Mitglieder, auch für Angehörige der Partei, der Krankenkasse, mit Ausnahme unserer Verbandsbeamten. Will man ihnen das aber verweigern, so soll man sie lieber auf ihre zuständige Organisation verweisen und ihnen die Doppelorganisation verbieten. Solange dies aber nicht der Fall ist, stehen ihnen Unterstützungsrechte zu.

Zum Schluß beauftragt der Berichterstatter, eine Prüfungskommission zu wählen und sie auch mit Rechten auszustatten. Hierauf steht die Disziplin ein.

Sahn Berlin warnt vor langfristigen Tarifabschlüssen wie in der Lebensmittelindustrie. Die Verwaltungsstelle Bangen muß die Kosten der Delegation für Berlin tragen. Das Verhalten der hiesigen Birgel ist zu verurteilen. Die Aufhebung des Ausschusses bezüglich der Erwerbslosenunterstützung ist nicht anzuhängen.

Jung Offenbach ist mit den Arbeiten des Zentralvorstandes einverstanden. Die Gegensätze zwischen Sattlern und Portefeuillern sind ganz verschwunden, wodurch sich unser Verband gut entwickelt hat. Die letzte Agitationskonferenz der Gewerkschaft konnte gut unterbleiben, da sie nur zum Zwecke der Vertragserhöhung veranstaltet war. Der Ausgang in Offenbacher Industriegebiet in dem Verlauf der letzten Lohnbewegung zu danken. Er war wohl bei den Verhandlungen zugegen und ist überzeugt, daß nicht mehr herauszuholen war. Aber die fünfjährige Dauer hätte sich vermeiden lassen. Auch hätten im Offenbacher Gebiet 5 Proz. Lohnzulage durchgefochten werden müssen.

Warenhaft: Die Agitationserfolge auf dem feindlichen Boden im Gau Ostthür und Ostn. sind nicht zu unterschätzen. Ein Bericht hat sich der Zentralvorstand mit seiner Statistik über die Lage in den Verhältnissen erworben. Eine Beteiligung der Mitglieder an politischen Erhebungen ist wünschenswert, wenn auch der Ausschluss wegen Nichtbeteiligung dringend zu warnen ist. An der Redaktion ist nichts zu loben. Die Offenbacher haben bereits in Köln vorausgeschickt, daß die Anhebung eines besonderen Redaktionsrates nicht notwendig ist.

Vernunft: Dresden: Um Porto und Arbeit zu ersparen, sollte einzelnen Ortsverwaltungen das Recht zugehoben werden, die Mitgliedsbücher selbst auszusprechen.

Derger Leipzig hält die Sachlage über den Leipziger Fall auf. Wer während seiner Krankheit Gehalt bezieht, ist nicht erwerbslos im Sinne unseres Statuts, weswegen der Standpunkt des Zentralvorstandes aufzuheben ist.

Kühn Magdeburg geht auf den Streit bei der Firma Höber ein und verurteilt die Ortsverwaltung, dem Kollegen Blum persönliche Vorwürfe gemacht zu haben.

Nichter Dresden bedauert den Standpunkt des Zentralvorstandes, nicht beamtete Kollegen von den Unterrichtsfunktionen der Gewerkschaften auszuschließen. Die Statistiken müssen mindestens auf

ein Jahr ausgedehnt werden, sollen sie ein zureichendes Bild wiedergeben.

Höll-München wünscht die Einsetzung nach einiger Zeit, da in Arbeit stehende Kollegen durch Verhandlungen mit den Unternehmern in ihrer Existenz gefährdet werden. Zu die Nachbeilage gehören keine Arbeitszeitberechnungen über Landau. Mit der Auslegung des Zentralvorstandes über den Begriff „erwerbslos“ kann sich keiner nicht einverstanden erklären.

Steiner Leipzig ist nicht der Meinung, daß bei uns alles so in Ordnung ist. Trotzdem wir den Mitgliedern durch unsere Unterstützungsbewilligung so außerordentlich viel geben, ist die Agitation eine angestrichelte. Hier müßte den Ursachen nachgegangen werden. Bevor hier keine Aufklärung geschaffen worden ist, kann er nicht alles gut heißen und einen Fortschritt anerkennen. Es muß aufgearbeitet werden, warum der Redaktionswechsel stattgefunden hat, um allen luternden Verhältnissen entgegenzutreten. Es ist ein Tiefstand in der Arbeiterbewegung, wenn auf den Gewerkschaftsfunktionen Vortragende gebildet werden, die den Arbeitern bei ungenügender Konjunktur eine 50prozentige Lohnreduktion empfehlen. Dann geht er auf einige Artikel in der Zeitung ein, wie die Klanderei: „Aera im Reiten“, worin ein Unternehmern in Viefeld gelobt worden ist. In Zukunft müssen die Ausgaben für die Zeitung des näheren detailliert werden.

Sahn Berlin verlangt nähere Auskunft über die Tarifverträge in der Militärindustrie und über den Wechsel im Zentralvorstand. Der Austausch der Gewerkschaften ist nicht anzuhängen.

Doh Berlin ist mit der Deklaration des Vorstandes in bezug auf die Auslegung des Wortes „erwerbslos“ einverstanden, jedoch muß das Statut dementsprechend geändert werden. Es geht nicht an, die Geltungsdauer der Tarife von uns allein festzusetzen, wenn wir auch für kurzfristige Verträge sind. Der Kampf gegen die Feinarbeit muß fortgesetzt werden, wenn die Beilegung sich auch nicht im Autokonto ermöglichen läßt. Nicht hat Richter in bezug auf die Ausbildung unserer Funktionäre, um hies Agitationsträfte bereit zu haben. Der Antrag Leipzig ist anzunehmen, wenn auch nicht aus den von Berger angeführten Gründen.

Bänsch Berlin glaubt der Agitation solange nicht steuern zu können, solange es Kollegen gibt, die nur bei Lohnbewegungen an den Verband denken. In der Militärbranche ist ein Reichstatut auszusetzen. Der Austausch der Gewerkschaften war unangebracht. Die Verbotserhebung des handelspolitischen Teiles in unserer Zeitung ist zu begrüßen und weiter auszubauen.

Dönneke-Mühlhausen i. Th. hält es für eine dringende Pflicht der Delegierten, an der Verbandsleitung Kritik zu üben. Wenn aus dem Bericht zu ersehen ist, daß wir schöne Fortschritte zu verzeichnen haben, so ist doch den Gründen der Agitation nachzugehen. Die Selbstständigkeit der Ortsverwaltungen ist durch Ausbildung der Funktionäre zu heben.

Höf Offenbach gibt ein Bild über die Verhältnisse im Offenbacher Industriegebiet und wünscht, die Generalversammlung möge Maßnahmen treffen, wonach zwei Verwaltungsstellen an einem Orte nicht bestehen dürfen.

Winter-Ortshausen hält die Zwischenmeisterbetriehe für das größte Agitationshemmnis.

Schwaabe-Mecklenburg hat dem Geschäftsbericht des Vorstandes nichts hinzuzufügen. Er bringt dann noch einen Unterstützungsfall zur Sprache, dessen Erledigung er wünscht.

Gisig Offenbach führt die Gründe des Mitgliederzurückganges auf den Verlauf der letzten Lohnbewegung zurück. Vor allen Dingen hat der fünfjährige Tarif die Kollegen teilnahmslos gemacht. Die Arbeitszeitverkürzung und Lohnreduktion war durchaus ungenügend. Es ist deshalb Pflicht des Zentralvorstandes, sich nicht allzu sehr in die Lohnbewegung hineinzuwischen. Neben den Redaktionswechsel und Anstellung der weiblichen Hilfskraft muß Aufklärung gegeben werden. Das Verhalten der hiesigen Kollegen ist nicht zu billigen, dagegen, trotz der Meinung des Kollegen Jung, hat sich der Vertreter des Zentralvorstandes in der Verammlung so verhalten, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anders sein konnte.

Schulze Berlin geht auf die Kompetenz des Ausschusses ein und hält den jetzigen Zustand für unhaltbar. Er wünscht den Ausschuss mit größerer Kompetenz auszustatten. Die Agitation in den Gewerkschaften ist nicht zu behindern. Doch hat sich gezeigt, daß die Beamten eine große Zahl neuer Mitglieder unserem Verbande zugeführt haben. Von den Ausschüssen in Berlin ist zu verzeichnen, daß 75 Proz. höchstens 5 Wochenbeiträge geleistet haben. Den meisten zugehörten Kollegen, in Werkstattführungen für den Verband gewonnen, wird es noch kurzer Zeit klar, daß sie den Berliner Ansprüchen

Seimat vor mir aus. Untergutachten in den alltäglichen Tratsch! Das wäre mir unmöglich und so müßte ich elendiglich verfaulen und verrotten. Hier ist auch für einen armen Teufel die Möglichkeit vorhanden, die Büden seines Wissens einigermaßen vornehmlich auszufüllen, und da der Drang hierzu mächtig in mir lebt, so werde ich auch, wenn ich erst festen Fuß gefaßt habe, regen Gebrauch davon machen. Du darfst es ja schwer fallen, Dich in meine Lage zu versetzen, Du, der mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft und mit dem Portemonnaie Deines Papas ausgerüstet, als Student an der Quelle schlürfen kannst. Wie ich aber aus Deinem Schreiben ersehe, schmeißt Du mehr aus Pecher und schönen Mädchen dazu zu schlürfen? Wohl Dir, liebe Deine Jugend! Ich träume mir meine. Die erste Stelle habe ich aufgegeben; ich bin immer noch der alte Hühner, und Märgeln und Schmeißen kann ich auch heute noch nicht vertragen. Einige Tage habe ich in der Fischerstraße, einer der letzten Uferstraßen Alt-Berlins, gemohnt, wovon ich Dir erzählen muß. Meine Wirtin war eine Wäscherin, die einen ehrpfeifigen Eindruck auf mich machte. Sie hatte noch zwei „Schlafbrüder“, mit denen ich das Zimmer teilte. Ich schlief auf dem Sofa. Die beiden waren, wie mir die Alte mitteilte, vereift, was öfter vorkam. In der dritten Nacht kamen sie an, und meine Schlummermutter bestürmte sie gleich mit Fragen, ob alles glatt abgelaufen wäre und vor allem, wieviel sie „gemacht“ hätten. Ich tat, als schlief ich fest. Die beiden schienen aber doch nicht in meiner Gegenwart mit der Sprache herauszuwollen, denn der eine flüsterte: „Und der da?“ Aber Mutter Müller beruhigte sie: „Ach was, der pennt feste un is von außerhals, da habt Ihr nicht zu

fürchten, der is noch viel zu duffelig, um wat zu merken.“ Und nun hörte ich, daß die beiden Kumpans in 3 Tagen 200 Mk. beim Verkauf von ihren und Goldwaren „verdient“ hatten. Damals wurde ich tatsächlich nicht klug aus den Neben, heute aber weiß ich, daß es sogenannte „Repper“ waren, die denen, die nicht alle werden, Talmgewinn für echte Goldwaren andrehen. Am selben Mittag kam dann noch ein stämmiger Mann, anfangs der Dreißiger, mit einem nicht unschönen, aber sehr gemeinen Gesicht, der seine „Braut“ suchte und als er sie nicht fand, zähneknirschend wieder abzog. Abends kam dann die Gestecke, Kopf und Gesicht mit geronnenem Blut bedeckt. Ihr „Schach“ hatte sie so zugerichtet. In der Wut war sie zur Polizei gelaufen und hatte ihn wegen Kuppel angezeigt, und er wurde auch sofort verhaftet. Bald tat es ihr aber wieder leid, und sie verfuhr, die Anzeige rückgängig zu machen, was ihr aber nicht gelang. Und nun steht Du, als zukünftiger Jurist, vor dem physischen Missetätigen einer menschlichen Seele: Daselbe Mädchen rannte sofort zu einem der bekanntesten Rechtsanwältinnen Berlins und betraute ihn für ihr eigenes Geld mit der Vertretung ihres Beimges!

Später traf noch eine alte runzlige Schraube ein, die mich gleichfalls aus Horn nahm und mir mit ihrem zahnlosen Munde soletts zuschaltete. Denke Dir, auf mich, die junge ländliche Unschuld, hatte sie es abgesehen! Verr! Ich schüttelte mich jetzt noch, wenn ich an die alte Elspäde denke. — Doch für heute genug. Ich sitze hier in einer kalten Kellerstube und meine Lampe leidet schon stark an Atembeklemmung. Gute Nacht, mein Freund!

(Fortsetzung folgt)

nicht genügen, daraus bald wieder absteigen und damit dem Verbände verloren gehen.

Schlingmann-Vielfeld: Der Zentralvorstand hat in bezug auf den Betrag erwerbslos die Bestimmungen des Statuts hinwiederum ausgelegt. Der Artikel „Kern im Westen“ beruht auf einseitiger Information und war schon oft Gegenstand von Versammlungsentscheidungen. Dem Kollegen B. trifft keine Schuld.

Saug-Verlin beschwert sich über die Ablehnung eines Berichtes der Reichsversammlung, in welchem der Hamburger Tarifabschluß bemängelt worden ist.

Schmidt-Hannover: Der Zentralvorstand soll die Anwesenheitszeit der Gauleiter bei Lohnbewegungen nicht einschränken. Das Wort „erwerbslos“ ist im Sinne des Ausschusses ausulegen, dem Antrag Leipzig ist hinzugefügt.

Wendler-Bremen bringt ebenfalls einige Lohnbewegungsbeschwerden zur Sprache.

Verbandsvorsitzender Blum schildert den Verlauf der Leipziger Lohnbewegung und weist dabei die in Anwendung zu bringende Taktik bei Streiks. Das Verhalten des Ausschusses bezüglich Anwesenheit der Erwerbslosenunterstützung in dem mehrfach besprochenen Falle, ist inkompetent. Ist die Diskussion des Ausschusses richtig, dann haben auch unsere Vorgesetzten Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung. Wir haben aber keine Erwerbsfähigen, sondern eine Erwerbslosenunterstützung. Dem Zentralvorstand muß, ebenso wie jedem Mitgliede, das Beschwerde über Ausschlußbeschlüsse an die Generalversammlung zugehen werden. Dieses Recht wird gegenstandslos, wenn die Beschlüsse bereits ausgeführt worden sind.

München, den 30. Mai 1912.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt.

Langer-Verlin bedauert die Meinungsverschiedenheit beider leitenden Körperschaften über die Auslegung des Wortes „erwerbslos“. Nach dem Wortlaut des Statuts hat der Vorstand recht, dadurch werden aber zweierlei Rechte geschaffen. Dies zu vermeiden führt den Ausschuß zu seiner gegenwärtigen Meinung. Mit Ausnahme dieses einen Falles wurde stets zwischen dem Ausschuß und Vorstand eine Verständigung erzielt.

Müller-Mentingen verteidigt eine Beschwerde der Jüdische Montan. Bei Agitationsreisen sollen alle Jüdischen, nicht nur die großen, berücksichtigt werden.

Schindler-Stuttgart hätte es lieber gesehen, wenn vor der Tarifbewegung für die Militärerwerbslosen eine Konferenz hätte gefunden hätte. Die Geltungsdauer der Tarifverträge kann nicht von uns allein bestimmt werden. Bei Festlegung von Arbeitslöhnen müssen wir berücksichtigen, mehr Einfluß als jetzt zu bekommen. Wo wir keine genügende Anzahl Jugendlicher unseres Gewerbes haben, müssen wir die wenigen, der allgemeinen Jugendorganisation zuführen.

Vamprecht-Eberfeld wünscht bei Unterhaltungsstellen mehr Nachsicht zu üben. Die Anwesenheitspflicht in keine Erwerbslosenunterstützung, weswegen sie an alle Mitglieder zu zahlen. Daß die Jüdischen nicht selbständig genug arbeiten, verschuldet der Zentralvorstand, da er bei den letzten Bewegungen ihnen den Gauleiter auf den Hals schickte. Er geht auf die letzte Lohnbewegung in Eberfeld ein und kann es nicht verstehen, daß der Zentralvorstand hier die Bewilligung zur Arbeits-einstellung gegeben hat, obwohl keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war.

In seinem Schlusswort beantragt **Saefelbusch** Deckungsartikulation für den Gesamtvorstand. Die Einrichtung des Ausschusses muß beibehalten werden, damit Beschwerden der Mitglieder schnellstens erledigt werden können.

Weinschild (Medaillen) gibt Aufklärung über die Bewegungen in Hamburg und in der Lederwarenindustrie Deutschlands.

Niedel (Kassierer) entwirft die in der Diskussion gemachten Einwürfe bezüglich Unterstützungs-gewährung und Tarif in der Militärerwerbslosenbewegung.

Verbandsvorsitzender Blum geht in seinem Schlusswort in der Hauptsache auf die Differenzen mit dem Ausschuß ein und betont, daß unter Statut in seiner Fassung nicht anders ausgelegt werden kann, wie es bis heute durch den Vorstand geschehen sei. Der Beschluß in Wien laufe auf dasselbe hinaus. Die Einstellung einer weiblichen Hilfskraft habe sich bewährt und lassen sich die Arbeiten der Hauptverwaltung jetzt besser erledigen.

Im übrigen werden einige Unrichtigkeiten richtig gestellt. Nachdem eine Reihe kadhler und persönlicher Bemerkungen erfolgt sind, wurde beschlossen, der Verwaltungsstelle Leipzig die 423 Mk. aus der Hauptkasse zu erheben, dagegen der Jüdische Jungen

die 22 Mk. abgelehnt. Einem Münchener Kollegen wurden 20 Mk. Kostunterstützung gewährt. Abgelehnt wurde eine Unterhaltungsmission bezüglich des Medaillenwechsels. Mit 30 Stimmen wurde einem Antrage zugestimmt, wonach die Anwesenheit des Ausschusses bezüglich Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an Mitglieder, die während ihrer Anwesenheit Gehalt beziehen, zu Recht beisteht. Einmütig wurde dem Vorstand Deckung erteilt.

Zur Beitragsfrage

Der Kollege **Niedel** in seinem Meierat auf die große Verantwortung der Delegierten ihren Mandat-gewohnen und der Organisation gegenüber hin. Er schildert die Kassegebarung während der Periode, auf die wir hier nicht eingehen brauchen, weil sie bereits in ausführlicher Weise an dieser Stelle besprochen worden ist. Es müßte mit großen Kämpfen gerechnet und darum ein Kampffonds geschaffen werden, daß der Verband für alle Eventualitäten gerüstet ist. Vorstand und Ausschuß schlagen darum eine Beitragssteigerung um 10 Pf. für männliche und um 5 Pf. für weibliche Mitglieder vor. Der wöchentliche Beitrag soll 60 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder betragen und am 1. Januar 1913 in Kraft treten. Um den Mitgliedern in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden Rechnung zu tragen, empfiehlt Vorstand und Ausschuß, daß in den dortigen Verwaltungsstellen eine längere Kassezeit bis zur Einführung des erhöhten Beitrages festgesetzt werden kann, aber nicht über den 1. Januar 1913 hinaus. Bei neu zu errichtenden Verwaltungsstellen in diesen Gegenden soll der Beitrag nach den alten Bestimmungen festgesetzt werden können. — Der Referent wandte sich im weiteren gegen die von mehreren Jüdischen vorgeschlagene Einführung von Staffelleistungen und gegen die Erhöhung der Unterstützungsätze.

Die am Orte verbleibende Quote der wöchentlichen Beiträge ist auf 10 bezm. auf 5 Pf. festzusetzen, damit der erhöhte Beitrag reiblos dem Kampffonds zugeführt werden kann. In der ausgiebigen Diskussion tritt

Dartung-Heilbronn für eine Beitragssteigerung um 5 Pf. ein.

Warenitz-Offenbach befürchtet einen großen Mitgliederverlust infolge der Beitragssteigerung, der durch die ungünstige Konjunktur noch befeuert wird. Auch die Tarifbewegung hat die Mitglieder apathisch gemacht, so daß sie keine größeren finanziellen Opfer leisten wollen. Mit den Staffelleistungen kann Gelder nicht befremden. Dagegen empfiehlt er einen Antrag, nach welchem für den Offenbacher Industriebezirk die am Orte verbleibenden Prozente auf einer Bevollmächtigtenskonferenz mit dem Zentralvorstand einheitlich geregelt werden sollen.

Wendler-Bremen ist Gegner jeder Beitragssteigerung, ebenso **Winter-Ebershausen**.

Steiner-Leipzig tritt für Staffelleistungen ein und glaubt damit eine Stabilität unserer Mitgliederzahlen zu erzielen. Mehr als die Beitragssteigerung tut die Erziehung der Massen not.

Seibeger-Offenbach hält nach dem vorliegenden Material eine Beitragssteigerung für gerechtfertigt, meint aber, sie sei nicht geeignet, unseren Kampffonds zu stärken und der Situation zu helfen.

Viele Gegner der Beitragssteigerung führen aus, die Tarifbewegung hätte nicht genügende Ergebnisse gebracht, dabei nehmen sie ihre vertraglichen Rechte nicht in Anspruch und scheitern so den Unternehmern wöchentlich dreimal mehr, als jetzt der Verband von ihnen verlangt. Können die Bedenken bezüglich Ausreichte zerstreut werden, so will er für die Beitragssteigerung stimmen.

Langenische-Verlin sucht die eben gehörten Bedenken zu zerstreuen. Er warnt, wegen der Tarifverträge sich in allen große Sicherheit zu wagen. Vorgänge auf wirtschaftlichen Gebieten zeigen an, daß wir von großen Ausperrungen anderer Industriezweige hart in Mitleidenhaft gezogen, sogar in die Offensive gedrängt werden können. Dazu brauchen wir Mittel. Wenn wir die Aufklärung unter den Berufsangehörigen vom großzügigen Standpunkte aus betreiben, werden die Mitglieder auch für die vorgeschlagene Beitragssteigerung zu haben sein, welche unbedingt von dieser Generalversammlung beschlossen werden mußte.

Lappan-Stettin begründet die Einführung von Staffelleistungen und meint, den Verwaltungsstellen soll 15 Proz. der Einnahmen aus den Beiträgen zu fließen.

Zimmermann-Chemnitz ist nur dann für eine Beitragssteigerung, wenn gleichzeitig die Unterstützungsätze erhöht werden.

München, den 31. Mai 1912.

Am dritten Verhandlungstage wurde die Debatte über die Beitragssteigerung fortgesetzt, ohne daß wesentlich neue Momente ins Tageslicht gefördert werden.

Schwarz-Wertheim ist im Interesse der Mitglieder seines Wahlkreises Gegner der Beitragssteigerung, konnte sich aber allenfalls mit den Staffelleistungen begnügen. Der Referent Antrag bezüglich Erhöhung der Gemeindeförderungsunterstützung in anzunehmen.

Die Stuttgarter Kollegen sind nach den Ausführungen **Schindlers** keine Gegner erhöhter Beiträge. Für Einführung von Staffelleistungen fehlen uns alle notwendigen Unterlagen, weswegen der Zentralvorstand zu beauftragen ist, zur nächsten Generalversammlung das notwendige Material zu beschaffen. Warum eine Stärkung des Kampffonds notwendig ist, hat bei den Tarifverhandlungen gezeigt. Dort haben Unternehmern erklärt: „Na, lange halten sie einen Streik doch nicht aus, mit ihrer Kasse ist es doch nicht gut bestellt.“

Reubaum: Auch die Münchener Kollegen sind keine absoluten Gegner der Beitragssteigerung; aber ungerecht wäre es, von Kollegen mit niedrigeren Verdiensten denselben Beitrag zu verlangen wie von denen mit höheren Löhnen. Die Staffelleistung der Beiträge muß kommen.

Weller-Stuttgart kann den ablehnenden Standpunkt der Offenbacher nicht verstehen, obwohl sie wissen, daß unsere knappen Kassenbestände Veranlassung waren, im vorigen Jahre einen offenen Kampf in der Lederwarenindustrie zu vermeiden. Von den Beiträgen in den örtlichen Verwaltungen ein Häufel zu belassen.

Sorrenstein-Offenbach geht nochmals auf den Verlauf der vorjährigen Tarifbewegung ein und hält daran fest, daß deren günstige Erfolge die Hauptschuld an der Gekerktheit der Beitragssteigerung veranlassen.

Alf-Stuttgart: Die Zeitungsnotiz über die stattgehabte Gauleiterkonferenz und den Beschluß der Beitragssteigerung hat die Mitglieder verblüfft und sie veranlaßt, ohne Kenntnis der Sachlage dagegen Sturm zu laufen. Der Intelligenz der Delegierten aus dem Offenbacher Gebiet wird es möglich sein, die dortigen Mitglieder von der Notwendigkeit einer Staffelleistung zu überzeugen, wenn die Delegierten nur dafür eintreten. Der Ausgang der Tarifbewegung darf nicht als Ausrede gebraucht werden, denn die Kollegen halten das Erzeugnis nicht einmal ein, sondern lassen sich die Löhne drücken, die aller Beschreibung spotten. Die Gauleiter haben sich nicht an die Hoffschloße des Vorstandes gehalten, sondern aus eigener Heberzeugung für eine Beitragssteigerung um 10 Pf. gestimmt, weil sie die Notwendigkeit hierfür sahen. Es sei nicht unmöglich, auch die Kollegen in Offenbach zu überzeugen, daß eine Beitragssteigerung in ihrem eigenen Interesse liege. Wir wollen doch keine Unterhaltungsvereinigung, sondern eine Kampffondsorganisation sein, und darum müssen wir unsere Finanzen so stärken, daß wir für alle Kämpfe gerüstet sind.

Verbandsvorsitzender Blum geht in seinen Ausführungen auf die in der Diskussion gemachten Einwendungen ein. Es ist unrichtig, behaupten zu wollen, die kleinen Jüdischen hätten keinen Nutzen von der Beitragssteigerung, weil sie bei Lohnbewegungen nicht genügend berücksichtigt werden. Verwaltungsstellen bis zu 50 Mitgliedern machen 10 Proz. aller unserer Mitglieder aus. Bei gleichmäßiger Verteilung der Ausgaben für Lohnbewegungen dürften sie nur 10 Proz. der Summe erhalten; sie haben aber 16 Proz. bekommen. Staffelleistungen sind nur dort durchzuführen, wo die Entlohnung nach Zeit die Regel bildet.

Weder-Offenbach schließt sich den übrigen Rednern aus dem Offenbacher Gebiete an.

Mayer-Wien als Gast in der Heberzeugung, daß nach Prüfung des Geschäftsberichts und der kommenden Kämpfe eine Beitragssteigerung notwendig ist. Auch in Österreich wird den Mitgliedern eine solche Vorlage gemacht. Wenn die Kollegen Deutschlands dem Antrage des Vorstandes zustimmen, wird die Beitragssteigerung in seiner Organisation leichter durchgeführt werden können.

Koch bedauert im Namen der Berliner Kollegen, daß die Majorität der Generalversammlung für den 60 Pf.-Beitrag nicht zu haben ist. Es mehren sich die Anzeichen, die darauf hinweisen, daß auch in der Lederwarenindustrie es zu heftigen Kämpfen kommen wird, dann dürfte es zu spät sein, durch Erhöhung der Beiträge und Erhebung von Extrabeiträgen die Verbandskasse zu stärken. Da aber eine Majorität für den Antrag der Verbandsleitung nicht zu haben ist, sind die Berliner für den 55 bezm. 50 Pf.-Beitrag, wünschen jedoch einstimmige Annahme.

Kamens des Vorstandes und Ausschusses erklärt Kollege **Blum** mit dem letzten Antrag einverstanden zu sein, wenn alle vorliegenden Anträge bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsfrage zurückgezogen werden, wie auch beide Körperschaften sich dahingehend geeinigt haben.

Verndt-Tresden will den Vorstand beauftragen, für die nächste Generalversammlung eine Vorlage bezüglich Staffelleistungen auszuarbeiten. Verlorene gegangene Marken sollen nicht ersetzt werden.

Kühn-Magdeburg hält die Entziehung der Mitglieder gegen die Beitragsverhöhung für berechtigt, um so mehr die Offenbacher Kollegen Gegner sind, denen doch die Ansammlung des Kampffonds dienen soll.

Scheffel: In Offenbach ist die Meinung vorherrschend, daß der erhöhte Beitrag für die kleinen Verwaltungskosten aufgebraucht werden solle, da sie doch nicht zum Streik kommen. Wenn wenigstens die Unterstützungsfähigkeit erhöht werden. Er beantragte namentliche Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Schütz-Eulheim hat das Menschenmögliche getan, die Kollegen für die Beitragsverhöhung zu überzeugen, doch der Erfolg ist ausgeblieben, was ihn jetzt veranlaßt, jede Erhöhung abzulehnen. In den nächsten drei Jahren wird es gelingen, die meisten Mitglieder von größerer Opferbereitschaft zu überzeugen.

Darauf wird in die Spezialdebatte über die Beitragsfrage eingegangen.

Berger-Leipzig bittet um einstimmige Annahme des Antrages, welcher den Vorstand zur Ausarbeitung einer Vorlage bezüglich der Staffelleistungen verpflichtet.

Gaulleiter-Partsch hätte gern ein Korreferat gehört, in dem einschlägiges Material für Staffelleistungen zutage gefördert worden wäre. Den traurigen Verhältnissen in den östlichen Provinzen muß Rechnung getragen werden, um mit niedrigen Beiträgen die Verursachenden für den Verband zu gewinnen. Schließlich tritt er für den 55 Pf.-Beitrag ein.

Verbandsvorsitzender Plum erklärt, daß der Zentralvorstand den Staffelleistungen uneingeschränkte Aufmerksamkeit schenken wird; ergibt sich die Durchführbarkeit, so wird der Zentralvorstand eine Vorlage ausarbeiten, jedoch möchte er von einer Verpflichtung absehen. Vielleicht läßt sich auf Grund vertraglich festgelegter Mindestlöhne eine Staffelleistung ermöglichen.

Kommel-Frankfurt bedauert, daß der Zentralvorstand seinen Antrag zurückgezogen hat, da auch die Kollegen im Offenbacher Industriegebiet 60 Pf. Beitrag leisten können, wenn sie nur wollten. Ein Hindernis ist, die Beitragsfrage mit dem Verlauf der Lohnbewegung in Zusammenhang zu bringen. Man sollte doch den Konjunkturschwund nicht vergessen, der viele Kollegen mitnimmt. Wenn der nächste Lohnkampf zum erfolgreichen Ende geführt werden soll, so müssen schon jetzt erhöhte Beiträge geleistet werden. Unter den Kollegen Frankfurt ist die Meinung vorherrschend, die obligatorische Krankenunterstützung aus dem Rahmen unseres Statuts fallen zu lassen. Nachdem noch

Kunze-Wandenburg für den 55 Pf.-Beitrag gesprochen hat, wurde durch namentliche Abstimmung folgender Antrag mit 15 Stimmen dafür und 17 Stimmen dagegen angenommen, wodurch alle Anträge bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsfrage erledigt sind.

Bei dem derzeitigen Stand unserer Klassenverhältnisse ist eine Erhöhung der Beiträge unbedingt erforderlich. Da aber die Vorlage des Vorstandes und Anschlusses im künftigen Jahre nur eine ganz geringe Majorität finden würde, im Interesse der Organisation aber gerade in dieser Frage die größte Einmütigkeit notwendig ist, so ist die Beitragsleistung folgendermaßen festzusetzen: Für männliche Mitglieder pro Woche 55 Pf.; für weibliche Mitglieder pro Woche 30 Pf.

Die dadurch eintretende Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche ist ausschließlich zur Stärkung des Kampffonds bestimmt und darum reißlos an die Hauptkasse abzuführen.

Angenommen wurde der Antrag, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage für Erhebung von Staffelleistungen vorzulegen. Ebenso ein Antrag Offenbach, daß Salbinalbide mit Zustimmung der Krisverwaltung und des Vorstandes in die Beitrags- und Unterstützungsliste weißlicher Mitglieder eingereiht werden können. An Orten, in denen der Zentralvorstand einen Vorschlag genehmigt hat, müssen alle Mitglieder diesen nach demselben Bestimmungen entrichten wie die Verbandsbeiträge. Eingemittelte können freiwillig der Kasse beitreten. Verlorene gegangene Beitragsmarken müssen nachgezahlt werden. Von der Beitragspflicht sind alle erwerbslosen Mitglieder befreit, dagegen muß während des Bezuges von Streik- und Wahrgelohnunterstützung Beitrag geleistet werden. Wer dauernd Invalide wird, kann schon nach einjähriger Mitgliedschaft, bisher drei Jahre, den monatlichen Beitrag von 10 Pf. zahlen. Den Verwaltungskosten verbleiben 10 bzw. 5 Pf. pro verkaufter Marke. Von

besonderer Bedeutung für das Offenbacher Gebiet ist die Annahme folgenden Antrages:

„An einem Orte kann nur eine Verwaltungsstelle bestehen.“

Für den Industriebezirk Offenbach wird der am Orte verbleibende Beitragsteil in einer Bezirkskommission mit dem Zentralvorstand vereinbart. Beistehende von Monitoren geleisteter Industriebeiträge erhalten nach Zustimmung des Zentralvorstandes für alle beteiligten Verwaltungsstellen bindende Kraft.

Im § 1 des Unterstützungsreglements wird das Wort „Erwerbslosen“ gestrichen, wodurch allen Mitgliedern im Kranken- und Arbeitslosenfall sowie auf der Reise Unterstützung gewährt werden kann, auch dann, wenn sie während dieser Zeit Lohn oder Gehalt beziehen. Auch dieser Kommune können auch Angehörige in der Arbeiterbewegung während ihrer Krankheit von den Unterstützungsleistungen Gebrauch machen.

Weinhold-Berlin spricht zur Zusammenfassung des Vorstandes, Förderung der Brandentziffern durch Brandentlohnungen und empfiehlt den als Beisitzer gewählten Brandentlohnern das Stimmrecht im Zentralvorstand zu gewähren. Brandentlohnungen sollen in Zukunft nicht mehr stattfinden. Es wird demgemäß beschlossen. Anstatt wie bisher auf 250 Mitglieder ein Generalversammlungsreferat entfällt, sollen es in Zukunft 300-350 Mitglieder sein. Die Vorleiter müssen auf dem Verbandstage anwesend sein.

München, den 2. Juni 1912.

Am vierten Verhandlungstage wurde die Statutenberatung, betreffs Obliegenheiten der Generalversammlung, fortgesetzt, ohne daß eine Änderung des bisherigen Zustandes beschlossen wurde. Im Streitreglement wurde die Revision getroffen, daß bei Abschriftsfehlern die Gaulleiter als Vertreter des Zentralvorstandes gelten. Bestimmte Sachverhalte dürfen nur geändert werden, wenn zwei Drittel der in geschlossener Versammlung Anwesenden sich dafür erklären. Bei allen Lohnbewegungen ist auf eine tägliche Arbeitszeiterhöhung zu drängen. Es darf in keinem Falle die Erlangung des frei-n Samstagsnachmittags auf Kosten einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit erfolgen.

Verbandsreferent Meier leitete die Diskussion über die Einstellung von Stam- und Krisenverwaltungsbeamten ein und erklärte namens des Zentralvorstandes, alle diesbezüglichen Anträge sind abzulehnen. Steiner-Leipzig warnt vor Verrechnung der Beamten.

Neubauer tritt für Verlegung des Gaujahres von Ostlich nach Westlich ein, wodurch eine enorme Mitgliedssteigerung ermöglicht wird. Auf Antrag des Gaulleiters Schneider wird Düsseldorf als Sitz des Bundes für das Abemland bestimmt.

Kommel-Frankfurt hält die Anwesenheit für Anstellung eines örtlichen Beamten für außerordentlich gering, welche durch Zunahme von Mitgliedern wieder eingebracht werden können. Frankfurt schiedet in seiner beruflichen Entwicklung immer mehr aus dem Rahmen des Offenbacher Industriegebietes und wird zur Zentrale der Anwohner. Zu beantworten ist die Frage, ob in Vörm Eulheim bei und 100 Mitgliedern der Beamte beibehalten werden soll. Alle Anträge bezüglich des Verbandsorgans wurden abgelehnt. Eine Reihe Anträge verwaltungsrechtlicher Art werden dem Zentralvorstand überwiesen.

Darauf referierte Kasse Wusch

über die Gefängnisarbeit in unserem Verne. Der Redner wies darauf hin, daß unter den wenigen Verne, wo Unternehmer Arbeiten im Gefängnis herstellen lassen, der Sattler- und Portefeulleurberuf einer der bevorzugtesten ist. Die zum größten Teil noch handwerksmäßige Herstellung der Produkte, die Teilarbeit, welche vorgenommen werden kann, der leichte Transport der Waren führt zu einer gewissen Vorliebe der Anfertigung von Artikeln dieser Branchen durch die Gefängnisverwaltungen. Alle Arbeitskräfte der Industrie, welche in anderen Verne bereinigt auftreten, sind bei uns vorhanden. Verlagsbuchhändler, Kost- und Logiswesen, Zwischenhändler, Deimarbeit, Frauenarbeit und als letztes Hebel noch die Gefängnisarbeit. Ab und zu schimpfen die Unternehmer auf ihren Konferenzen gegen die Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit. Einen energischen Vorstoß zur Abhilfe haben sie bis jetzt nicht unternommen. Nur der Verband der Treibriemenindustrien macht hier von eine Ausnahme. Gegen die Gefängnisarbeit bei der Firma Koeber in Magdeburg geht er energisch vor. Der Referent schildert in kurzen Zügen diesen aus der Zeitung bekannten Fall. Als der Abgeordnete Liebschmidt im preussischen Abgeordnetenhause den Fall Koeber erwähnte, nahm keiner der bürgerlichen Abgeordneten das Wort. Dabei hat die christlich-sozialistische Partei, wie die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei in ihren Parteiprogrammen die Forderung „Beseitigung der Gefängnisarbeit, soweit die Industrie dadurch geschädigt wird.“

Die bisher in Deutschland wegen der Zuchtanstalt arbeit am meisten bekannte Firma Koeber in Magdeburg hat seit 1910 keine Arbeit mehr im Gefängnis herstellen. Dafür hat sie aber ein eben so lukratives Hebel noch weiter ausgebaut, die Deimarbeit.

Der Spielwarenfabrikant Zeigt in Göttingen 1000 Kinderstiefel im Gefängnis zu Göttingen herstellen.

Die Firma Moos West in Hamburg bezieht japanische Kiefernholz holzartig aus Japan. Das Rücken der Mäcke am Leder wurde bis vor kurzem aus Japan importiert. Die Sattler wurden entlassen und wird diese Arbeit im Gefängnis ausgearbeitet. Heute könnten gut 10 Sattler davon beschäftigt sein.

Im Zuchtstall zu Wollheim in Sachsen sind eine Anzahl Gefangene auf Portefeulleurwaren beschäftigt. Hauptächlich werden billige Sachen aus Stuhlleder angefertigt.

In Königsberg sollen Prisenverne im Gefängnis angefertigt werden.

Die Firma Kaufmann in Barmen läßt im Gefängnis Schultafel, Kartentafeln und kleine Kisten anfertigen. Beschäftigt werden an 30 Gefangene. Die Firma hat in den letzten Jahren Entlassungen von Sattlern wiederholt vorgenommen.

Auch die Firma Schwarzenberg soll im Gefängnis Kasse anfertigen lassen.

Die Heilbronner Fahrzeugfabrik läßt ab und zu Federtasten für Automobiltasten und Veredlungen im Gefängnis herstellen.

In Offenbach ist es die Firma Köster u. Comp., welche Koffer und Schultafel herstellen läßt. Im Betrieb sind keine Arbeiter beschäftigt.

12 Sattler könnten in Leipzig bei der Firma Karl Sornel mehr arbeiten. Angefertigt werden Kinderstiefel und lebensgroße Schampfer.

Die Firma Ziegler u. Comp. in Elberfeld läßt Koffer, Schultafel, Ledertaschen und dergleichen im Gefängnis herstellen. Beschäftigt werden an 70 Gefangene auf diese Artikel.

Der Referent legte in folgenden Resolutionen seine Ansichten nieder, welche nach kurzer Diskussion, in der seine Ausführungen noch ergänzt wurden, einstimmig angenommen wurden:

1. Die vom 29. Mai bis 1. Juni 1912 in München tagende Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeulleur, welche von 60 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besucht ist, stellt fest, daß die Gefängnisarbeit auf Produkte unseres Berufes einen immer größeren Umfang annimmt. Dadurch werden viele Berufsangehörige in ihrer Existenz gefährdet. In den letzten Jahren haben eine Anzahl Sattler ihre Stellung durch die Gefängnisarbeit verloren. Viele Firmen, die Gefängnisarbeit anfertigen lassen, betreiben nachweisbar eine Schmutzkonfurrenz, welche einen erheblichen Preisrückgang der Warenpreise sowie der Arbeitslöhne zur Folge hat.

Alle hier versammelten Delegierten, welche 15000 Sattler und Portefeulleur Deutschlands vertreten, richten an die verbundenen Regierungen, wie auch an die gesetzgebenden Körperschaften die Bitte, die Gefängnisarbeit auf Sattler- und Portefeulleurwaren einzuschränken. Durch die Heimindustrie, Frauenarbeit und Verlehnungszüchterei wird bereits der Sattler- und Portefeulleurberuf schwer in Mitleidenschaft gezogen, welches durch die Gefängnisarbeit erheblich verschlimmert wird. Die Anwesenheit derselben deshalb, daß aus den Beratungen, welche die Regierungen über die Gefängnisarbeit mit Vertretern der einzelnen Stände abhalten, auch Arbeitervertreter mit hinzugezogen werden.

2. Die Generalversammlung ersucht die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstag und in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten, sich dieser Sache anzunehmen und bei Gelegenheit zu vertreten. Sie beauftragt den Zentralvorstand, Material zur Vertiefung zu halten, um dieses zu gegebener Zeit den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

3. Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen aller von der Gefängnisarbeit betroffenen Verne in die Wege zu leiten.

Des weiteren ersucht sie, daß alle Vertreter unseres Verbandes in den örtlichen Parteien befragen, daß die Frage der Gefängnisarbeit auf die Tagesordnung gesetzt wird und Veranstaltungen getroffen werden, wodurch die Öffentlichkeit im weitesten Maße auf die Nachteile der Gefängnisarbeit für die Industrie und die Arbeiter aufmerksam gemacht wird.

4. Der Vorstand wird ferner beauftragt, mit den Unternehmer-Organisationen unseres Berufes in Verbindung zu treten, um auch diese zu veranlassen, in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen.

verschaffen, daß er an den Schätzen der Bildung teilnehmen, daß er sich mehr erholen und in edler Weise betätigen kann. Sie zeigt also, wie die Maschinen nicht der Feind sind und wie sie zum Teil schon heute gegenwärtig wirken können, wenn die Arbeiter durch ihre Solidarität eine Herabsetzung der Arbeitszeiten oder eine Erhöhung des Lohnes durchsetzen.

So wird die Kraft, die früher in zersplitterter Weise explodierte, eingeleitet in die Bahn, die Arbeitermassen aufzurütteln aus ihrer verderblichen Gleichgültigkeit, sie aufzuklären über die ganze wirtschaftliche Lage und sie zu organisieren, weil darin allein die Vorbedingung dauernder Erfolge im Lohnkampf liegt. Die Gewerkschaftsbewegung hat auf diese Weise Großes getan, die Arbeiter wirtschaftlich und politisch zu heben. Sie hat die Arbeiter überhaupt erst zu wirtschaftlichem Nachdenken herangezogen; sie hat ihnen einen Einblick in das ganze Wirtschaftsgeschehen, in das verhängnisvolle Verhältnis der ökonomischen Abhängigkeit der Arbeiter verschafft; sie hat ihr Solidaritätsgefühl, ihr Klassenbewußtsein geweckt, ihre Ausdauer gestählt und ihren Eifer entzündet.

Und diese gewaltige erzieherische Wirksamkeit, mit der alle Fortbildungsschulen, alle Bibliotheken und Museen, alle Kirchen, wie sie heute beschaffen sind, sich nicht messen können, sie sollte in nichts weiter enden als in Verrohung und Verderbtheit der Massen, wie unsere Gegner so gerne vorgeben?

Nein, das glauben die Gegner selber nicht; das hat auch alle Erfahrung längst als ganz hinfällig erwiesen!

Aufklärung und Solidarität, die Gewerkschaftsbewegung fördert sie unter den bisher indifferenten und zersplitterten Arbeitern und für die Arbeiterbewegung trägt sie hierdurch — auch über die Fragen des Lohnkampfes hinaus — die reichsten Früchte. Das Bewußtsein des Klassenkampfes erwacht für die Mehrzahl der Arbeiter zuerst bei dem Ringen um bessere Lohnüberhebungen und Verlängerung der Arbeitszeit.

Da fühlen die meisten zunächst den Druck und die Macht des Kapitals, da lernen sie, wie schwach der einzelne gegenüber diesem unerbittlichen Gegner ist, da erkennen sie aber auch, was die Einigkeit vermag und ihre Gedanken schweifen dann sehr bald über das rein gewerkschaftliche Gebiet hinaus; sie werden sich bewußt, daß sie nicht nur, soweit es ihren Beruf angeht, geschlossen zusammenzutreten haben, sondern daß die vom Kapital Abhängigkeit aller Berufsstände die Hand reichen müssen, um auch politisch, durch eine allgemein gültige Gesetzgebung, dem Kapital Jügel anzulegen und festen Boden für fernere Fortschritte zu gewinnen.

Wir müssen arbeiten, jeden Augenblick arbeiten, wenn nicht der nächste Augenblick uns wegnemen soll, was wir jetzt noch zu besitzen vermögen. Wir haben allerdings „den Trost“, zu wissen, daß wir wachen —, das ist Naturgesetz. Aber Unkraut wächst auch und wuchert, und wenn es nicht beizahlen ausgehäutet wird, so erhebt es sich über die für unsere Existenz oft unentbehrliche Pflanze und saugt ihr den Lebenssaft aus.

Fromm sein.

Ohne Lohn das Gute üben,
Ohne Furcht das Böse meiden,
Ohne Grund niemand betrüben,
Ohne Großen selber leiden:
Das heißt, frei von Trug und Schein,
Menschenwert im Dufte tragen,
Das lehrt, wahrhaft fromm und rein,
Kühn den Kampf des Lebens wagen.
Fromm sein heißt in Taten beten,
Nicht um Dank gen Himmel lügen,
Lehrt den rechten Pfad betreten:
Schönste Andacht ist die Tugend.
Wollen einen Tempel bauen,
Soll nicht groß und prächtig sein,
Dieser Tempel heißt Vertrauen,
Baugrund soll das Herz sein.
Unser Mitleid formt die Mauern,
Menschenliebe frönt das Haus,
Die da meinen und die trauern,
Gehen stets getrübt aus.
Nicht die linke Hand soll wissen,
Was die rechte Gutes tat;
Wer die Sorgen nie verließ,
Finde Hilfe hier und Rat.
Und so weit die Menschheit reicht,
Reicht die Menschenliebe auch,
Die nie endet und nie weicht:
Das sei echten Frommens Brauch.

Waldeck Manasse.

Aus der Arbeiterversicherung.

A. Krankenversicherung.

Die Ansprüche Erwerbsloser an die Krankenversicherung.

Eine sehr wichtige Entscheidung hat kürzlich das Preussische Oberverwaltungsgericht gefällt. Bekanntlich haben Mitglieder, die einer Krankenkasse freiwillig beitreten, keinen Anspruch auf die Kasse, wenn sie die Versicherung nicht wegen Krankheit aufgeben haben, sondern wegen Vermeidung der Arbeit oder aus anderen Gründen entlassen sind. Jemand wurde am 20. Januar wegen Unredlichkeit aus der Versicherung entlassen und war dann vom 21. Januar bis 30. März erwerbsunfähig krank. Am Entlassungstage hatte er von der Krankenkasse noch keinen Krankengeldanspruch, sondern sich erst am folgenden Tage krank gemeldet. Die Kasse betrauerte ihn daher als einen Erwerbslosen und lehnte die Fürsorge ab. Infolgedessen mußte der Armenverband für ihn eintreten. Das Preussische Oberverwaltungsgericht war jedoch der Ansicht, daß ein Anspruch auf die Krankenkasse bestand. Es führte aus, daß man den Begriff der Krankheit verkenne, wenn man aus der Tatsache, daß der Kranke am 20. Januar wegen einer Unredlichkeit entlassen worden sei und am Entlassungstage keinen Krankengeldanspruch verlangt habe, glauben folgern zu können, er sei am 20. noch nicht krank im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes gewesen. „Zu dieser Folgerung berechtigten weder die herangezogenen Umstände, noch die Feststellung des Arbeitsgebers, daß der Betreffende bei der Entlassung nicht krank gewesen sei. Denn ob Krankheit besteht, bestimmt sich nach objektiven, von Sachverständigen festzustellenden Merkmalen, nicht nach der Ansicht oder der Handlungsweise des Massenmitgliedes oder seines Arbeitsgebers.“ (Entsch. d. Preuss. OVG, v. 18. 1. 1912, III C 98/11.)

Wann beginnt der Anspruch für Angehörige von Familienmitgliedern? Weder das Krankenversicherungsgesetz noch die Reichsversicherungsordnung verpflichtet die Krankenkassen zur Gewährung von Angehörigen unterzulegen, wenn wir von dem hiesigen Krankengeld im Falle der Krankenhauspflege des Mannes absehen wollen. Die Kassen haben aber das Recht, auch den Angehörigen gewisse Unterhaltungen zuteil werden zu lassen und viele Krankenkassen haben von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die Art der Fürsorge ist jeder Kasse überlassen und richtet sich nach ihren Mitteln; sie ist infolgedessen sehr verschiedenartig. Gewöhnlich besteht sie in Gewährung freier ärztlicher Behandlung und in der Gewährung einer Beihilfe für den Fall, daß die Frau oder ein Kind das Krankenhaus aufsuchen muß. Da stand nun kürzlich die Frage zur Entscheidung, ob Angehörige auch für eine Krankheit Anspruch an die Krankenkasse haben, die schon vor Beginn der Mitgliedschaft des Familienoberhauptes eingetreten ist. Diese Frage wurde in einer Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 25. Januar d. J. verneint und ausgeführt, daß das ausdrücklich im Statut ausgesprochen sein müßte, wenn auch für derartige Krankheitsfälle ein Anspruch bestehen soll. Weil das aber nicht geschehen war und natürlich auch nie geschehen, nahm das Gericht an, daß nur für solche Krankheiten der Angehörigen ein Anspruch an die Kasse besteht, die während der Mitgliedschaft des Mannes eintreten. Denn die Versicherung bestehe ihrem Wesen nach nur als Schutz gegen künftige Uebel.

Ein Arbeitgeber, der dem Arbeiter Kranken- und Invalidenbeiträge abzieht, aber nicht für die Versicherung verwendet, macht sich strafbar. Die Krankenkassen und die Versicherungsanstalten werden sehr häufig durch Arbeitgeber, die ihren Arbeitern zwar Beiträge abziehen, diese dann aber für sich behalten, geschädigt. Nun steht ja zwar darauf hohe Strafe, aber diese Herren finden sehr häufig milde Richter. Gewöhnlich verteidigen sie sich damit, daß sie anfänglich die Absicht gehabt hätten, die Beiträge abzuführen, sie wären dann aber in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weswegen sie nun ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könnten. Das Reichsgericht hat unterm 19. Januar d. J. entschieden, daß die Arbeitgeber sich auch in diesem Falle strafbar machen.

B. Invalidenversicherung.

Wann tritt die Entziehung einer Rente in Kraft? Nach dem Invalidenversicherungsgesetz trat die Entziehung der Rente mit Ablauf des Monats in Wirksamkeit, in welchem der die Rente entziehende Bescheid zugestellt wurde. Seit dem 1. Januar d. J. ist nun für die Invalidenversicherung schon die Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten. Und diese enthält die Bestimmung, daß der Bescheid erst mit Ablauf des auf die Zu-

stellung folgenden Monats wirksam wird. Die Rente soll also noch für einen vollen Monat nach der Mitteilung über die Entziehung der Rente ausbezahlt werden. Dem Rentenempfänger soll einen Monat vorher der Bescheid der Rente mitgeteilt werden, damit er sich darauf einrichten kann. Diese günstigere Bestimmung gilt nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts auch für die Rentenanwärter, die am 1. Januar d. J. schwebten. Der Bescheid der Versicherungsanstalt muß jedoch im neuen Jahre zugestellt sein. Dadurch, daß der Rentenempfänger das Schiedsgericht anruft, wird der Ablauf der Frist für frühere Bescheide nicht hinausgeschoben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik bei der Firma S. R. Schüle in Hannover dauert unverändert fort. Bis heute ist es der Firma noch nicht gelungen, Arbeitswillige herbeizuschaffen, mit Ausnahme der in dem letzten Bericht genannten Herren.

Zur Charakterisierung des Herrn Schüle fügen wir nachstehende Äußerungen an:

Herrn Sattlergehilfen:

Sie.
Am Verlaß meines Schreibens vom 17. d. M. bedauere ich, Sie entlassen zu müssen. Der Entlassungsbescheid liegt hier an; Ihre übrigen Papiere, den etwa rückständigen Lohn und Ihre Werkzeuge wollen Sie am Freitag, den 24. d. M. abholen, witzigenfalls ich Ihnen weitere zuteilen lassen werde, und zwar auf Ihre Kosten und auf Ihre Gefahr.

Nachschickend

S. R. Schüle.

Es ist mir wohl bekannt, daß Sie es nicht so böse gemeint haben und sich nur haben verhehlen lassen. Während ich also die Schuldigen sämtlich nicht wieder einstellen werde, werde ich einen Teil der anderen wohl wiedernehmen, und zwar diejenigen, die sich zuerst melden; im ganzen aber nur höchstens zehn von den Entlassenen. Also sorgen Sie dafür, daß die ganze Sache bald niedergeklummt und abgebrochen wird, damit Sie wieder in Ordnung kommen. Es sind die meisten, die gar nicht mehr irreführen wollen.

S. R. Schüle.

Abgangsbescheinigung.

Der Sattlergehilfe von hier, geb. 14. 4. 1861 zu S. Kreis E., hat vom 28. 10. 1886 bis 25. 4. 1912 in meinem Betriebe gearbeitet. Er war Mitglied der Sattler-Krankenkasse, hier.

Hannover, 20. Mai 1912.

S. R. Schüle.

Der Sattlerstreik in Erfurt bei der Firma Herrmann ist nach sechsmonatigem Kampfe beendet. Die Firma hat in der Verhandlung mit dem Obmann der Branche den Berliner Tarif anerkannt, mit Ausnahme der Position B. „Allgemeine Bestimmungen“, an deren Stelle die Bestimmungen des hiesigen Tarifes gelten sollen.

Aus unserem Beruf.

Ausland.

Amerika. Sekretär Malone vom internationalen Verband der Sattler für Meisereisten und Lederarbeiten berichtet, daß ein großer unabhängiger Lokalarverband zu New York sich mit dem internationalen vereinigt hat. Ferner stellte er fest, daß dem Lokalarverband dieser Branche in dieser Stadt der neunstündige Arbeitstag bewilligt worden ist, ohne daß ein Streik oder Lohnreduzierung stattgefunden hat.

Chicago. Der Streik der hiesigen Kollegen, welcher bereits 16 Monate dauert, wird in unänderlicher Weise fortgeführt. — Mehr als 50 Geschirrsattler, welche durch die A. Erwiner Saddlery Company, 150 West Alliance Street, beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Korrespondenzen.

Banken. (S. 30. 5.) In unserer am 22. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Kollege Partsch über „Wirtschaftlicher Aufstieg des Verbandes“. Da in unserem Ort eine große Zukunft herrscht, so kommt man gar nicht dazu, ein anderes Thema zu wählen. Gut man die hier zugezogenen Kollegen organisiert, so bleiben sie nur einige Wochen am Orte, dann schütteln sie den Staub wieder von den Füßen und neue Kollegen treten an ihre Stelle. Da beginnt man die Agitationsarbeit wieder von neuem und so geht es jahraus jahrein, ohne einen festen Mitgliederkern zu erhalten. Am zweiten Punkt wurden noch verschiedene lokale Sachen erledigt. Zum Schluss gab Kollege Partsch einen Bericht über den gegenwärtigen Streik in Görlitz.

Rundschau.

Eine päpstliche Abfrage an die christlichen Gewerkschaften. Der gegenwärtige Papst Pius X. richtete an den Vertreter der deutschen katholischen Arbeitervereine, den Pfarrer Beyer, der ihm vor kurzem eine Kundgebungsadresse dieser Vereine persönlich überreichte, eine Kundgebung, die in ihrem Mittelpunkt nicht nur eine Desambourisierung, sondern ein Todesurteil für die christlichen Gewerkschaften vom römisch-katholischen Standpunkt aus darstellt. Die Hauptthese dieser päpstlichen Kundgebung lautet: „Ich kenne Euer Grundgesetz und Euer Verfassung und besonders auch die Differenzen zwischen Eurer Organisation und anderen. Euch liebe ich. Euch billige ich, Euch erkenne ich an, und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle Euer Grundgesetz sich zu einem machen mögen. Die anderen billige ich nicht; ich verdamme sie nicht, denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen.“ Durch diese Kundgebung ist den christlichen Gewerkschaften, soweit sie sich auf katholische Grundsätze zu stützen vorhaben, jede Existenzberechtigung von Anfang an der fidei-fiducia Seite abgesprochen. Es findet dadurch vollst. Festlegung, was wir schon längst und oft über den heuchlerischen Charakter der christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht haben: Ihr ganzes Tun und Treiben ist nicht nur eine Verfeinerung christlich geistlicher Arbeiter, sondern auch der öffentlichen Meinung, für das christliche Katholizität vor Veränderung übrig haben können. Wohl sind die vom Papst allein anerkannten katholischen Arbeitervereine nichts weniger als Selbstentwässerung auf wirtschaftlichem Gebiet, aber sie haben den Vorzug der Offenheit gegenüber dem Gegner. Sie umhüllen sich nicht mit einem Schatzel, wie die „christlichen“ Gewerkschaften, sondern stellen religiöse Grundsätze in klarer Weise über ihre wirtschaftlichen Ziele, und damit lassen sie auch niemand darüber in Zweifel, was man auf wirtschaftlichem Gebiete von ihnen zu erwarten hat. Das ist das Wesentliche und das Beste, wodurch sie sich von ihren ideologischen Konkurrenten, den „christlichen“ Gewerkschaften, sehr vorteilhaft unterscheiden. Dadurch dienen sie jedem Andersdenkenden als deutlicher Wegweiser, den man je nachdem meiden oder berücksichtigen kann.

Arbeitswillensjahn und Verbot des Streikpotenzials lautet der Sammelart oder arbeitserleichternden Elemente. Eine Delegiertenversammlung deutscher und österreichischer Industriellen in München (24. Mai 1912) nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Angesichts der Ausfahrungen bei dem letzten Ausstände der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, welche die wachsende Gefahr der Verwahrlosung Arbeitswilliger haben erkennen lassen, ersuchte es der Zentralverband Deutscher Industrieller für seine Pflicht, erneut und nachdrücklich die Forderung nach einem wirksamen Schutz der Arbeitswilligen zu erheben. Da dieser Schutz bei Arbeitskämpfen größeren Umfangs durch polizeiliche Maßnahmen nicht in ausreichender Weise gewährt werden kann und infolge des terroristischen Verhaltens der Streikpotenzen die Anwendung der gesetzlich gegebenen Rechtsmittel sich als unzulänglich erwiesen hat, so ist durch eine baldige Neuordnung der einschlägigen Bestimmungen, insbesondere durch ein gesetzliches Verbot des Streikpotenzials, dafür Sorge zu tragen, daß die Unabhängigkeit und Sicherheit des einzelnen in dem Maße gewährleistet wird, wie es im Interesse der staatlichen Ordnung, der Freiheit des Erwerbslebens und der geistlichen Entwicklung des allgemeinen Wirtschaftslebens geboten ist.“

Außerdem wurde den „Gelben“ die kräftigste Unterstützung zugesagt. Hoffentlich lernen die Arbeiter aus dem gegen sie verhängten Messeltreiben und werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die freie Gewerkschaftsbewegung und schenken dadurch ihre heiligsten Rechte.

Proletarische Künsten. In der „Bildungsarbeit“, dem Organ der österreichischen Arbeiterkammer, acht Genosse Müller auf einige besondere Unarten im Vereins- und Versammlungswesen ein: Die unnützlich verbrachte Zeit durch verpöhlten Anfang, das Klauen in den Versammlungen, wodurch namentlich die Redner aufschweren in ihrer Gesundheit geschädigt werden, das Herbeibringen von Speisen und Getränken während des Vortrages. — Über die Art, wie Versammlungen nicht sein sollen, schreibt der Verfasser: „Aber auch die Art, wie gewissen Disziplinsredner, Meierenten und Vertrauensmänner von Genossen, die als Loscher bekannt sind, in öffentlichen oder Vereinsversammlungen behandelt werden, ist verwerflich und schädigt das Ansehen der Bewegung. Die Genossen haben sich stets vor Augen zu halten, daß ein Vertrauensmann eben ein Ver-

trauensmann, nicht aber für jedermann und an jedem Orte ein Streikführer ist. Es gibt bekanntlich Menschen in allen Gesellschaftsklassen, die ihr Leben lang kritischen und judas-kritischen, aber niemals in irgendeiner Lage eines Profundes gelernt haben. Solche Leute gibt es eben auch bei uns. Es muß auch gesagt werden, wenn man in Versammlungen „Fingerringe“, Abgeordnete, behördliche Figuren u. dgl. zu ihrer Information geladen und dann angestampelt werden. Sobald man jemand einlädt, ist er unser Mann und muß pünktlich behandelt werden, auch wenn er unser Gegner ist. Ein Gegner als Gast ist bekanntlich viel empfindlicher, und es muß daher stets ein bestimmter Takt im Verfehr beachtet werden. Anders allerdings verhält es sich, wenn Gegner ungerufen in unsere Versammlungen mit der Absicht kommen, dort einen Kampf anzuführen. Aber auch in solchen Fällen soll niemand die Grenzen des Anstandes überschreiten, da er sich dadurch selbst und die Versammlungen schädigt.“ — Diese Ausführungen verdienen durchaus Beachtung auch in den Kreisen unserer Kollegen, wo sich hier und da noch ähnliche Mißstände bemerkbar machen.

Gewerkschaftswahlen in Koburg. Bei den städtischen Gewerkschaftswahlen in Koburg fiel die Liste der Gelben vollständig durch. Auf die Liste des Kartells der freien Gewerkschaften wurden 813 Stimmen abgegeben; die nationalen Arbeiter brachten nur 106 Stimmen auf. Erstere erhielten die fünf Sitze. Bei den Arbeitgeberwahlen vereinigte die vom Kartell aufgestellte Liste 57 Stimmen auf sich, die der Innungsmeister 135 Stimmen. Erstere erhalten einen, die letzteren vier Sitze.

Bücherschau.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist in sechs Bänden erschienen: **Die Arbeit der Muskeln.** Von Dr. A. Lipshütz. Mit Abbildungen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Muskeln unseres Körpers und ihr Bau. Die Vererbung der Muskeln. Muskeln und Nervensystem. Der Stoffwechsel der Muskeln. — Die Muskelmaschine. — Die Ernährung der Muskeln. Nr. 20 der kleinen Bibliothek. H. S. Preis gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pf.

Sterbetafel.

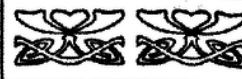
Offenbach a. M. Am 23. Mai starb das Mitglied Adam Jordan im 21. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!

Versammlungskalender.

Bonn. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Deutscher Hof“, Möhrstr. 52.
Brandenburg. Mittwoch, den 12. Juni, abends 8½ Uhr, „Vollshaus“.
Breslau. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Grünes Vesper“.
Bremen. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 38.
Dortmund. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Germania-Halle“, Nordstr. 1.
Essen (Ruhr). Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Restaurant Schmiring“, Rheinische Str. 1.
Gelsenkirchen. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Vollshaus“, Kaiserstr. 65/67.
Hagen i. W. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Zum Markauer“.
Halle a. S. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8½ Uhr, „Vollshaus“.
Kaiserslautern. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Zu den drei Möhren“.
Karlsruhe. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Zur Zeltbahn“.
Kiel. Dienstag, den 11. Juni, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Köln. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Silberner Mond“.
Köln. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Vollshaus“.
Münster (Ruhr). Mittwoch, den 12. Juni, abends 8½ Uhr, „Hollenberg“, Dickswall.
München. Samstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Vollshaus“, Jägerstr. 14.
Osnabrück. Montag, den 10. Juni, abends 8½ Uhr, „Alter Schützenhof“.
Rein. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, „Kämpfe, Schützenstraße“.



Anzeigen



Zentral-Krankenkasse d. Sattler, Portefeulier u. Berufsgenossen Deutschlands, E. H. 64, Berlin.

Am 15. Mai verschied in Siegburg nach langer schwerer Krankheit unser Kollege, der Gründer und Bevollmächtigte unserer dortigen Verwaltungsstelle,

Paul Hünze

im 44. Lebensjahr. Derselbe war seit Gründung der Verwaltungsstelle im Jahre 1896 bis zu seinem Tode ununterbrochen Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle; er war ein treuer und gewissenhafter Verwaltungsbeamter.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand.

J. A. Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Tüchtige, eingearbeitete Sattler

auf Coupletsoffer in Vulcanfibre, Rohrplatte, Kumpf- und Rindleder zum sofortigen Eintritt gesucht.

Vorzugig werden verheiratete, langjährig eingearbeitete Sattler, und ist die Stellung dementsprechend dauernd; Bewerbungen von Anfängern sind zwecklos.

Heinrich A. Grebenstein, Reißerzettel-Fabrik, Hannover.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 16. Juni 1912, im Garten der Brauerei Friedrichshagen am Königsforst:

Grosses Sommerfest

bestehend aus

Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Maximilian Füllner), Gesangsvorträge des Berliner Männerchors, M. d. A. S. V. (Dirigent F. Gothe), sowie des beliebtesten Fiedler-Ensembles.

Im hinteren Teil des Gartens für Kinder: Kasperletheater. Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelzug, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen Bon gratis erhält.

Von 5 Uhr ab: Tanz.

Personen, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Kaffeeliste ist den geehrten Damen von 3-6 Uhr geöffnet.

Programme an der Kontrolle frei.

Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Dieselben sind im Bureau sowie bei den Bezirks-Vertrauensleuten zu haben.

Zur Herstellung von Hochaufblasen (für Fahrräder) wird ein darin erfahrener

Sattler oder sonst. tüchtiger Arbeiter

gesucht. Offerten mit Angaben der bisherigen Tätigkeit u. Gehaltsansprüche unter 241 an d. Exp. d. Bl.

Meisterkurse Frankfurt a. M.

Eröffnung am 9. September 1912.

Praktischer und theoretischer Unterricht für Schreiner, Schlosser, Tapezierer, Schuhmacher und Schneider. — Anmeldungen bis zum 1. August 1912.

Programme und Lehrpläne sowie Anmeldeformulare durch den Leiter der Kurse

Gewerbeschulldirektor Bach.